

Medienmitteilung / Communiqué

FDP verlangt vom Kanton klare Massnahmen zur USTR III

Die FDP.Die Liberalen Zug sind mit der Einschätzung der Situation durch die Finanzdirektion des Kantons Zug nur zum Teil einverstanden. Diese Analyse der Situation ist längstens bekannt und eine Reduktion des Gewinnsteuersatzes auf 12% als Massnahme ungenügend. Die FDP verlangt vom Regierungsrat, dass er nicht wie angekündigt auf den Bund „wartet“ und vom Bund „erwartet“, sondern konkrete Massnahmen erarbeitet und umsetzt.

Mit der USTR III werden alle Kantone gezwungen sein, ihre Gewinnsteuersätze für Unternehmen auf 12,5 bis 14,5% zu senken. Der Kanton Zug wird also nur noch einen minimalen Steuervorteil besitzen. Im Kanton Zug spielen vor allem die gemischten Gesellschaften eine zentrale Rolle. Sie zahlen heute nebst einer Gewinnsteuer auf Bundesebene von 8.5% eine stark reduzierte Steuer auf kantonaler Ebene, insgesamt dazumal deutlich unter 12%. Die Mehrbelastung könnte bei Handelsgesellschaften und internationalen Headquarters, wie von der Finanzdirektion richtig erwähnt, zu Verlagerungen wichtiger Geschäftszweige oder gar einen Wegzug zur Folge haben. Bereits heute werben Standorte wie Singapur, London oder Dubai um diese Unternehmen. Der Appell an die Finanzdirektion ist deshalb deutlich. FDP Präsident Jürg Strub: „Die grossen Unternehmen sind nicht wegen der schönen Landschaft hier. Die FDP erwartet von der Finanzdirektion die unverzügliche Planung und Umsetzung von Massnahmen. Wir wollen jetzt Lösungsvorschläge und ein intensives Lobbying beim Bund.“

Handeln, nicht zuwarten

Die FDP stört sich an der zögerlichen Haltung der Finanzdirektion. Der Druck zur Ausschaltung des Steuerwettbewerbs wird immer grösser. Wer jetzt nur prüft und erwartet, wird von der Realität eingeholt. Deshalb sind weitere kreative Lösungen wie Boxen, welche in verschiedenen Ausführungen in der EU längst angewendet werden, einzusetzen. „Die FDP will nun einen Fahrplan sehen, wie der Regierungsrat den Steuerstandort Zug attraktiv erhalten will“, verlangt Jürg Strub. Weitere praktikable Abzüge sind nicht nur zu prüfen, sondern unbedingt einzuführen. „Denn“, so Jürg Strub „die steuerliche Belastung der privilegierten Gesellschaften im Kanton Zug darf das heutige Niveau nicht übersteigen.“

Gleichmacherei durch Bund muss verhindert werden

Die USTR III-bedingten milliardenhohen Ausfälle bei Kantonen mit heute hohen Steuern müssen grossteils durch den Bund kompensiert werden. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Schröpfung der Geberkantone führen was einer zunehmenden Gleichmacherei entspricht. Der föderalistische Gedanke, der das Erfolgsmodell Schweiz ausmacht, wird völlig untergraben. Jürg Strub: „Die USTR III darf nicht zu einer weiteren Belastung der erfolgreichen Kantone führen. Der ständigen Gleichmacherei des Bundes

muss ein Riegel geschoben werden.“ Die FDP. Die Liberalen Zug fordert deshalb erneut ein verstärktes Engagement unserer Finanzdirektion für eine Plafonierung, besser noch eine nicht wettbewerbsverzerrende Komplettrevision der NFA.

Keine Schuldenwirtschaft auf kantonaler und gemeindlicher Ebene

Die auch im Kanton Zug durch die USTR III entstehenden Rückgänge bei den Steuereinnahmen müssen durch eine Ausgabenbremse sowohl beim Kanton wie bei den Gemeinden kompensiert werden. Die FDP fordert ausgeglichene Budgets und verurteilt jegliche Schuldenwirtschaft.

Die langfristige Steuerpolitik muss konkret und berechenbar sein

Viele Arbeitsplätze hängen von einer schnellen und starken Antwort des Kantons Zug auf die USTR III ab. Für die Unternehmen ist eine Planungssicherheit von grösster Bedeutung. Deshalb sind vage Ausblicke ohne klare Bekenntnisse Faktoren, welche die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat stark belasten können. Die FDP. Die Liberalen des Kantons Zug haben aus diesem Grunde vor einigen Tagen eine Task Force Steuerstandort Zug ins Leben gerufen, welche diese Unsicherheiten nicht nur durch konkrete Forderungen, sondern wenn notwendig mit entsprechenden Massnahmen auf politischem Weg erzwingen wird. Dabei geht es um die wirtschaftsfeindlichen Initiativen linker Parteien, den gierigen Blick des ausländischen Fiskus, die Gleichmacherei des Bundes mit der NFA und den drohenden Positionsverlust im Steuerwettbewerb aufgrund der USR III.

13. Juni 2013

Kontakt:

Gabriela Ingold, Task Force Steuerstandort Zug, Mobile 079 340 31 57

Jürg Strub, Präsident, Mobile 079 693 95 16